

Steinbruch-Betreiber heftig in der Kritik

Haslach: Ortschaftsrat stellt sich klar gegen eine Erweiterung der Abbaufäche um 5,7 Hektar

Unmissverständliche Kritik äußerte der Haslacher Ortschaftsrat am Donnerstagabend an der beantragten Erweiterung des Steinbruchs Plapphalde. In der Sitzung, die wegen Corona in der Alten Turnhalle in Herrenberg stattfand, kam überdies zutage, dass das Regierungspräsidium Stuttgart jüngst den Widerspruch des Betreibers gegen eine Anordnung des Landratsamts Böblingen, das den Betrieb untersagt hatte, zurückwies.

VON HOLGER WEYHMÜLLER

Mit der Anordnung hatte die Böblinger Kreisbehörde den Betrieb des Schotterwerks bereits zum 31. März des vergangenen Jahres untersagt – weil die dortige Verarbeitungsanlage nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik entspreche. Der Betreiber von Steinbruch und Schotterwerk, die Schotterwerk Böttinger GmbH & Co. KG, legte dagegen Widerspruch ein. Erfolglos, wie Dr. Jochen Mohr von der Gewerbeaufsicht im Landratsamt in der Ortschaftsratsitzung am Donnerstagabend auf Nachfrage von Thomas Deines (Freie Wähler) überraschend mitteilte.

Das entsprechende Schreiben von der übergeordneten Behörde in der Landeshauptstadt, führte Mohr gegenüber dem „Gäubote“ näher aus, sei am 22. April dieses Jahres in Böblingen eingegangen. Das Landratsamt werde nun „zeitnah“ erneut eine Anordnung auf den Weg bringen, worin dem Unternehmen der Betrieb bei Haslach ein weiteres Mal und aus demselben Grund untersagt werde. Allerdings sei auch hier davon auszugehen, dass die Firma rechtliche Schritte dagegen einleiten werde.

Der Kritik des Landratsamts an der veralteten Schotterwerk-Technik in dem Haslacher Steinbruch könnte dessen Betreiber mit einem Neubau einer derartigen Verarbeitungsanlage entgegenstehen. Genau dies beabsichtigt er auch: Ein Antrag hierfür liegt dem Landratsamt seit dem Jahr 2018 vor. Durchgewinkt allerdings ist der nicht – allein

schon deshalb, weil das Unternehmen dafür noch Unterlagen einreichen müsse, teilte Jochen Mohr mit. Auf der anderen Seite wünscht sich die Schotterwerk Böttinger GmbH & Co. KG angesichts der zu erwartenden Investition in eine solche neue Anlage eine gewisse Planungssicherheit. Deshalb der Antrag auf die Erweiterung der Abbaufäche. Es handelt sich dabei um zusätzlich 5,7 Hektar, die sich



Der Betreiber des Haslacher Steinbruchs möchte die Abbaufäche nach Westen und Norden erweitern GB-Foto: Holom

westlich beziehungsweise nördlich des bestehenden Areals von gut 26 Hektar anschließen – der Steinbruch würde folglich näher als bislang an Haslach rücken. Damit verbunden: eine Erhöhung der jährlichen Produktionsmenge von derzeit 120 000 Tonnen auf 350 000 Tonnen und eine Ausweitung der Arbeitszeiten auf 7 Uhr bis 20 Uhr.

Im Zuge des Antrags wurde die Stadt von der Genehmigungsbehörde, also dem Landratsamt, verfahrensgemäß mit ins

Boot geholt. Diesem Antrag „steht nichts entgegen, auch nicht dem gemeindlichen Einvernehmen“, sagte dazu in der Sitzung Franziska Bihler, Leiterin des städtischen Baurechtsamts. Angesichts des „historisch gewachsenen, sehr komplexen Themas“ jedoch kündigte sie „eine Fülle an Hinweisen unsererseits“ an. Die Stellungnahme der Stadtverwaltung sei deshalb „vorbehaltlich dessen, dass weitere Punkte geprüft und berücksichtigt werden“ vom Landratsamt. Schließlich würden mit einer Erweiterung unter anderem durch ein Mehr an Lärm und Verkehr weitere Belastungen für Haslach und die Kernstadt einhergehen. Außerdem bestehe für den Grundwasser-schutz „ein erhebliches Risiko“. Bihler: „Diese Belange sind uns wichtig.“

Teils heftig mit dem Steinbruch-Betreiber ins Gericht ging Thomas Deines, der der Steinbruch Böttinger GmbH & Co. KG in Abrede stellte, ausreichende Verlässlichkeit an den Tag zu legen. Dem Unternehmen gehe es „um Gewinnmaximierung und es nimmt dabei keinerlei Rücksicht auf die Umgebung“. Ohnehin sei es „schwer verständlich“, dass dort, wo wegen zu großer Nähe zu Wohnbebauung kein Windrad errichtet werden dürfte, ein Steinbruch betrieben werde, in dem Sprengungen stattfänden und der viel Lastwagenverkehr mit sich bringe. Werde der Betrieb nun auch noch vergrößert und steige die Produktionsmenge auf knapp das Dreifache, „wird der Lkw-Verkehr drastisch ansteigen“. Außerdem seien durch die Erweiterung knapp sechs Hektar „sehr guter Ackerfläche unwiederbringlich verloren“, obendrein würde die Erreichbarkeit landwirtschaftlicher Flächen leiden. Ein Einwand, den Klaus Kohler (CDU), selbst Landwirt, und Grünen-Rätin Claudia Mauch unterstrichen.

Deines rückte in seiner Wortmeldung außerdem die Staubemissionen der geplanten neuen Anlage in den Fokus, indem er die Berechnungen hierfür aufs Korn nahm. Von 71 Tonnen Staub jährlich sei die Rede – allerdings unter der Prämisse, dass die sogenannten diffusen Staubquellen wie Lagerflächen und vor allem Anfahrtswege stets bewässert würden. Dafür wiederum seien immense Mengen an Wasser vonnöten, über die der Betreiber auf dem Gelände kaum verfügen könne. Laut Jochen Mohr vom Gewerbeaufsichtsamt jedoch gebe es dort „Tanks

und ein umfangreiches Zisternensystem, um Oberflächenwasser zu sammeln“. Zudem habe der Betreiber etwa im vergangenen Jahr viel Frischwasser für die Bewässerung bezogen. Gleichwohl sagte er zu, diesen Punkt „mitzunehmen“ und zu prüfen. Wie auch eine weitere Erschließung des Geländes von Norden her, die schon vor Jahren vom Unternehmen selbst ins Gespräch gebracht worden sei, erinnerte Ortsvorsteher Dieter Ulmer.

Alles in allem trage das Landratsamt eine „große Verantwortung“, diese Punkte im Zuge einer Genehmigung klar festzusetzen, so Deines. Weshalb er an die Kreisbehörde appellierte, „sich tief einzuarbeiten“ – schließlich habe eine Entscheidung etwa 25 Jahre Bestand. Und zwar in unmittelbarer Nähe zu Wohnbebauung.

Klaus Kohler wiederum mahnte eine bessere Kontrolle der Anlage durch das Landratsamt an. Auch er nahm den Steinbruch-Betreiber in die Pflicht, „verlässlicher zu werden“ und künftig besser zu kommunizieren. „Viele Haslacher“, hat er beobachtet, „sind angefressen.“ Claudia Mauch geht gar davon aus, „dass wir ein gedeihliches Miteinander mit dem Betreiber nach den Erfahrungen der letzten Jahre wohl nicht mehr erreichen werden“.

Sie und einige ihrer Kollegen sprachen davon, dass bei den Sprengungen zwar die Grenzwerte eingehalten werden mögen, sie aber trotzdem belastend für die Bevölkerung seien. „Was in den Sprengprotokollen steht, ist das eine, was gefühlt bei der Bevölkerung ankommt das andere“, so Klaus Gräther (Freie Wähler).

„Dem Unternehmen geht es um Gewinnmaximierung und es nimmt dabei keinerlei Rücksicht auf die Umgebung“

Thomas Deines